



RHEIN-SIEG JOURNAL

Senioren Union



Ausgabe Juli 2021



Liebe Mitglieder der Senioren-Union,
zu Beginn dieses Sommers sehen manche Dinge wieder besser aus.

Die Strategien und Maßnahmen zur Beherrschung der Pandemie zeigen Erfolge. Auch wenn es bei der Bekämpfung Fehler gegeben hat, so kann man doch mit einem gewissen Stolz und Dankbarkeit anerkennen,

dass unser Gemeinwesen zu einer großen organisatorischen Leistung in der Lage ist. Es ist nicht selbstverständlich, dass innerhalb von zwei Monaten fast 15.000 Testzentren in der Bundesrepublik aufgebaut werden, 50.000 Arztpraxen mobilisiert werden, insgesamt Milliarden von Impfstoffdosen produziert werden und nun täglich über eine Million Menschen geimpft werden. Das sind sehr große Zahlen. Eine Million Menschen, das sind zwanzig ausverkaufte Bundesligaspiele des 1. FC Köln – Tag für Tag. Das ist eine gewaltige logistische Aufgabe. Dazu braucht es gute Führung und kräftiges Anpacken von Hunderttausenden von Fachleuten und ehrenamtlichen Helfern. Gesundheitsminister Jens Spahn hat eine Herkulesaufgabe. Er verdient mehr Anerkennung, als ihm zuteilwird.

Positiv sollte man auch sehen, dass die EU sich um Impfstofflieferungen außerhalb Europas kümmert. Es erinnert mich an das Wort des damaligen Verteidigungsministers Peter Struck im Jahr 2002, dass "die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt (wird)". Das gleiche gilt sinngemäß auch für die "Verteidigung" der Gesundheit! Die Bekämpfung der globalen Pandemie kann nur gelingen, wenn sie rund um den Erdball geführt wird.

In der Senioren-Union Rhein-Sieg geht es unter diesen Vorzeichen auch wieder voran. In den Stadt- und Gemeindevereinigungen wird engagiert geplant. Die Vorstände werden bald wieder zu Präsenzsitzungen übergehen. Und vor allem: es werden wieder Vorträge, Ausflüge und Veranstaltungen stattfinden. In Bad Honnef,

wie im Vorjahr, im Juli und August wieder vierzehntäglich freitags in der Straußwirtschaft des Cafe Profitlich in Rhöndorf treffen, zum politischen Gespräch bei einer Tasse Kaffee, einem Stück Kuchen oder einem Glas Wein.

Sehr erfreulich war auch die Reaktion von einigen Mitgliedern auf den Aufruf in meinem Mitgliederbrief. Es haben sich Mitglieder gemeldet, die bereit sind sich in einem der neuen Arbeitskreise einzubringen oder als Beisitzer für den Vorstand zu kandidieren. Das ist ungemein wichtig, wenn wir unsere Arbeit vertiefen und auf mehr Schultern verteilen wollen. Ich wiederhole deshalb meinen Aufruf: Wir wollen im Herbst im neuen Vorstand drei Arbeitskreise formal einrichten, die wir aber schon vorher aktivieren wollen

- AK Wohnen und Mobilität im Rhein-Sieg-Kreis
- AK Senioren in den Sozialen Medien
- AK Pflege und Gesundheit im ländlichen Raum

Machen Sie mit, melden Sie sich, sagen Sie einfach "ja, ich kann und will meine Erfahrung einbringen."

Ich grüße Sie herzlich

Prof. Dr. Rolf D. Cremer, Vorsitzender der Senioren-Union Rhein-Sieg

Wo wollen wir in fünf bis zehn Jahren stehen?

In knapp drei Monaten ist Bundestagswahl – eine Wahl, in der es um wichtige Weichenstellungen für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder geht.



Dr. Norbert Röttgen, Mitglied des Deutschen Bundestags

Die Themen, auf die wir überzeugende Antworten geben müssen, sind:

Klimaschutz: In einem wegweisenden Urteil hat das Bundesverfassungsgericht uns aufgegeben, jetzt das uns Mögliche zu tun, statt nachfolgende Generationen vor unlösbare Aufgaben zu stellen. Unser Ziel, im Jahr 2045 klimaneutral zu sein, ist ein enormer Anspruch. Aber mit dem richtigen wirtschaftlichen und sozialen Konzept kann ein zweites Wirtschaftswunder gelingen. Wir haben den Willen, dass Deutschland das erste klimaneutrale Industrieland der Welt wird. Das kostet viel Geld, aber unsere bisherige Lebensweise kommt uns auf Dauer noch viel teurer zu stehen. Wir sollten den Auftrag, den uns das Bundesverfassungsgericht gegeben hat, jetzt mit aller Entschlossenheit annehmen. Der Klimaschutz bietet enorme Chancen, wenn wir die Umsetzung der Energiewende als einen Teil nachhaltiger Wirtschaftspolitik begreifen.

Digitalisierung: In den vergangenen Monaten mussten und konnten wir für uns völlig neue Erfahrungen sammeln. Nun gilt es, aus diesen die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dazu gehört zweifellos, die Digitalisierung endlich mit voller Kraft vorantreiben. Andere Länder zeigen uns längst, welche Vorteile es hat, zum Beispiel praktisch alle Behördengänge vom heimischen Rechner aus erledigen zu können. Das geht auch bei uns – und ist im Übrigen für junge Menschen, die mitten im Berufsleben stehen, von ebenso hoher Bedeutung, wie für Ältere, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Arbeitswelt: Das Arbeitsleben verändert sich mit rasanter Geschwindigkeit. Auch hier hat die Pandemie die Entwicklung weiter beschleunigt und uns vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Nicht nur Studium und Ausbildung, sondern auch die Fort- und Weiterbildungsangebote in allen Branchen müssen besser auf die Erfordernisse von Homeoffice, Digitalisierung und den Einsatz künstlicher Intelligenz abgestimmt werden. Das wird im Laufe des Berufslebens immer wichtiger, weil sonst gerade ältere Berufstätige von den Veränderungen im Arbeitsleben abgehängt werden.

Globalisierung: Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit besteht zweifellos darin, den globalen Wettbewerb der Systeme, den Wettbewerb zwischen Demokratien und autoritären Staaten umfassend anzunehmen, der ganz wesentlich technologisch ausgetragen werden wird. Als Europäer können wir diesen Wettbewerb nur gemeinsam und in engem Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen. Auch deshalb ist ein einiges Europa künftig wichtiger denn je.

Eine besondere Bedeutung wird in den nächsten Jahren dem Wettbewerb mit China zukommen. Uns in diesem Wettbewerb als Europäer umfassend zu behaupten, liegt in höchstem Maße in unserem Interesse. Es geht dabei um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, um Innovationen, aber auch um Menschenrechte und unsere Werte.

Dies alles sind keine abstrakten Fragen, sondern betreffen unser Leben unmittelbar und sehr konkret. Es geht um den Breitbandausbau in den Städten und Gemeinden, es geht darum, eine Tunnellösung für die geplante Rheinquerung in Betracht zu ziehen, auch wenn eine Brücke auf den ersten Blick billiger wäre und es geht um die Frage, ob wir auch in der nächsten Pandemie (die hoffentlich nicht so bald kommt) auf Masken aus Asien angewiesen sind.

Die Pandemie hat uns gelehrt, in welchen Bereichen wir besser werden müssen, aber es hat uns auch unsere Stärken gezeigt. Bei aller berechtigten Kritik an Einzelfragen: Das deutsche Gesundheitssystem hat sich als so leistungsfähig erwiesen wie kaum ein anderes auf der Welt. Wir waren und sind wirtschaftlich in der Lage, den betroffenen Branchen durch die Lockdowns zu helfen, so dass eine Massenarbeitslosigkeit vermieden werden konnte. All das ist nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis solider und verantwortungsbewusster Politik. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen.

Bei der Bundestagswahl geht es nicht um die Vergangenheit, sondern um die Zukunft. Einige Beispiele, welche Herausforderungen vor uns liegen, habe ich genannt. Ihre Meinung dazu ist mir wichtig.

*Norbert Röttgen, Mitglied des Deutschen Bundestages
norbert.roettgen.wk@bundestag.de*

EU = Sozial- und Schuldenunion? Kompetenzüberschreitungen zu Lasten unserer Jugend

Die Europäische Union hat uns nach dem 2. Weltkrieg Frieden und Wohlstand beschert. Auch die Bedeutung dieser Aufgabe kann wieder zunehmen, etwa falls China und Russland ihre machtpolitischen Ambitionen enger koordinieren. Aber in den letzten Jahren läuft einiges falsch in Brüssel, Berlin und Frankfurt. Deutschland gerät durch Kompetenzüberschreitungen der EU in eine Schuldenfalle.

Nach dem Brexitvotum wird in den deutschen Landen vornehmlich auf die Probleme der Briten hingewiesen. Bedenklich ist, dass zu wenig darüber das Vakuum gesprochen wird, welches die Briten hinterlassen haben. Deutschland ist in der EU ein wirtschaftspolitischer Partner verloren gegangen.

Der ein oder andere mag sich wundern, warum Deutschland nicht stärker versucht hat, dieses Vakuum zu füllen. Aber ein starkes, an eigenen Interessen orientiertes diplomatisches Auftreten auf europäischer Ebene lag den Deutschen noch nie. Da hat auch nachvollziehbare historische Gründe. Es ist wichtig, zu sehen, dass diese Zurückhaltung längst nicht überall gepflegt wird. Präsident Macron verhinderte nicht nur Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der EVP, als Kommissionspräsidenten, sondern besetzte auch gleichzeitig zwei Schlüsselressorts – bei der Kommission den Bereich Binnenmarkt mit Thierry Breton und bei der Europäischen Zentralbank (EZB) mit Christine Lagarde den Posten der

Präsidentin. Schließlich schlug er Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin vor und schaffte sich so gleichzeitig eine Mitstreiterin. Chapeau! Sie dankte es ihm sofort, indem sie bei ihrer Einführung einen „fairen Mindestlohn“ als Kernversprechen abgab. Dies tat sie, obwohl die Sozialpolitik grundsätzlich keine Aufgabe der EU ist. Inzwischen ruderte die Kommission leicht zurück. Man will jetzt nur noch die Kriterien für die Festlegung der Mindestlöhne regeln. Aber auch damit bewegt sich die Kommission wohl jenseits der Grenzen der EU-Verträge. Zusätzlich wird bereits über eine europäische Arbeitslosenversicherung sinniert, nicht nur bei der Party of European Socialists, in der die SPD Mitglied ist.



Bernd Kefler, Senioren Union Bad Honnef

Die Europäische Zentralbank setzt ihren Kurs fort, mit immer neuen Milliardenprogrammen Staatsanleihen hoch verschuldeter Staaten wie Italien, Spanien oder Griechenland aufzukaufen. Bis Ende nächsten Jahres könnten drei Billionen (3.000.000.000.000) Euro Staatsschulden in den Büchern der EZB stehen. Für diese Anleihen gibt es weder im Maastricht- noch im Lissabonvertrag eine Basis. Faktisch läuft diese Politik der EZB auf eine gesamtschuldnerische Haftung hinaus. Beim Ausfall eines Landes würden die anderen Mitgliedsstaaten gegenüber den Gläubigern für die Kredite einstehen müssen. Dies träfe dann zunächst die finanzstarken Mitgliedsländer, also vorrangig Deutschland.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verkündete am 05. Mai 2020 sein Urteil zur deutschen Beteiligung an diesem „Public Sector Purchase Programme“ der EZB. Danach handelten zwei Organe der EU, die Europäische Zentralbank und der Europäische Gerichtshof (EuGH), kompetenzwidrig.

Das Gericht wusste natürlich, dass es mit seiner Entscheidung politischen Schaden hätte anrichten können. Deshalb wählte es lediglich ein mildes Mittel, die bloße Überprüfung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen. Leider wurde selbst dieser eher konziliante Warnschuss nicht ernst genommen. Die Bundesbank und der Bundestag nahmen die Überprüfung der entsprechenden EZB-Dokumente im Eiltempo. Man wollte keinen Konflikt.

Man kann das nachvollziehen, aber es hat Konsequenzen. Deutschland will eine stabile Europäische Union. Dies gerate in Gefahr, wenn andere Verfassungsgerichte (Polen, Ungarn), dem Beispiel des BVerfG folgten. Es

gibt aber auch höchstrichterliche Urteile (Dänemark, Tschechien, die dem EuGH widersprechen. und eher auf der Linie des BVerfG liegen.

Deutschland sollte aber vor allem auch die Konsequenzen bedenken, d. h. die Rechte und Interessen der deutschen Bürger im Auge behalten.

Schon fordern einige italienische Politiker, dass die EZB ihre aufgekauften Staatsschulden streichen möge, während diese zurzeit noch die Ankäufe steigert. Zusätzlich kommen beunruhigende Signale aus Frankreich. Zwei Ökonomen, die einem Beratungsgremium des Premierministers angehören, fordern die Änderung des Maastrichtvertrages. Die französische Regierung könnte dies im Rahmen der kommenden französischen Ratspräsidentschaft (1. Halbjahr 2022) zu einem vorrangigen Ziel erklären.

Das Corona-Hilfspaket der EU umfasst insgesamt weitere ca. 1,85 Billionen Euro. Ist dies nicht in Wahrheit ein Umverteilungsprogramm der angeblich reicheren Länder an die ärmeren Länder. Angeknüpft wurde einfach an das Pro-Kopf-Einkommen und die Arbeitslosenzahlen aus den Jahren 2015 bis 2019. Damit wird falsches Politikmanagement ausgeglichen – nicht etwa die Folgen der Pandemie

Deshalb wurde das BVerfG erneut im Eilverfahren angerufen und es legte das Gesetz zum EU-Wiederaufbaufonds, welches in einer gerade einmal 30-minütigen öffentlichen Sitzung im Bundestag beschlossen wurde, am 26. März 2021 zunächst auf Eis. Die Kläger vertreten die Ansicht, dass die EU keine Kredite aufnehmen dürfe. Sie verweisen darauf, dass die EU nach den Europäischen Verträgen verpflichtet sei, ihren Haushalt "vollständig aus Eigenmitteln" (Art. 311 AEUV) zu finanzieren. Schulden aber sind natürlich keine Eigenmittel, sondern "Fremdkapital". Dennoch gestattete das BVerfG am 21.04.21 wegen „irreversibler Schäden“ die Beteiligung Deutschlands. Die Entscheidung in der Hauptsache wird erst in den nächsten Monaten folgen.

Olaf Scholz kann sich allerdings jetzt schon Wiederholungen vorstellen. In der FAZ (10,04.2021) mokiert Hans Eichel sich über "Irrwege des Bundesverfassungsgerichts". Da greift also ein ehemaliger deutscher Finanzminister das höchste Gericht der Bundesrepublik Deutschland an, um zusammen mit dem aktuellen Finanzminister und Vizekanzler einer europäischen Schuldenunion den Weg zu ebnet. Italiens ehemaliger Ministerpräsident Enrico Letta griff den Ball sofort auf. Er fordert die Einrichtung des Aufbaufonds „Next Generation EU“. „Gemeinsam können wir so mehr Geld bekommen, zu einem sehr niedrigen Zins“. Die Briten amüsieren sich und fühlen sich bestätigt.

Ich habe lange Jahre in Brüssel gearbeitet, und bin überzeugter Europäer. Wir brauchen eine starke Europäische Union für die Weltbühne. Dafür bedarf es einer engen und harmonischen Zusammenarbeit mit dem französischen Partner und der Einsicht, dass der

„Wirtschaftsmotor“ Europas auch weiter ein starker Nettozahler bleibt. Es liegt aber an Deutschland, mit diplomatischem Geschick notwendige Grenzen aufzuzeigen, um nicht uferlose Lasten tragen zu müssen. Leider geschieht dies in den letzten Jahren kaum.

Die Bundestagswahl im September wird die Weichen für die nächsten 4 Jahre Regierungspolitik stellen. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass allenfalls eine Regierung aus Union und FDP den gegenwärtigen Trends in Brüssel und Frankfurt Einhalt gebieten kann.

Bernd Keßler, Bad Honnef/Brüssel, 26.04.2021

Der demografische Wandel macht mit dem Thema ‚Arbeitskräftemangel‘ von sich reden:

‚Klempner verzweifelt gesucht‘

So titelt eine führende Sonntagszeitung (WamS, 2. Mai 2021) einen Artikel, der u. a. über eine noch unveröffentlichte Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) berichtet: danach fehlen im Handwerk bereits heute 65.000 Fachkräfte; für jede dritte offene Stelle im Handwerk fehlt eine geeignete Fachkraft.



Susanne Langguth, Vorstandsmitglied der Senioren-Union Bad Honnef

Für diese Situation gibt es sicherlich mehrere Gründe, von denen der demografische Wandel aber am schwersten wiegen dürfte: denn einerseits scheiden jetzt und in den nächsten Jahren überdurchschnittlich viele ältere Erwerbstätige aus und gehen in den Ruhestand, während andererseits – alleine schon demografisch bedingt – deutlich weniger Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen. Die geburtenstarken Jahrgänge 1950 – 1970, die etwa 30 % der Bevölkerung ausmachen, gehen nun nach und nach in den Ruhestand; diese Lücke kann durch die jüngeren Generationen zahlenmäßig nicht geschlossen werden.

Insgesamt – so eine moderate Annahme des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom April dieses Jahres (IW Report Nr.11, 7.4.21), wird die Zahl der am Arbeitsmarkt befindlichen Fachkräfte bis 2040 um ca. 9 % sinken. Die Annahme hängt ab von Wanderungsbewegungen (z. B. Zuwanderung) und Erwerbsbeteiligung und kann sich deshalb noch sowohl in die eine als auch in die andere Richtung entwickeln; politische Weichenstellungen in Sachen Zuwanderung und Renteneintrittsalter – verbunden mit besserer Ausschöpfung von vorhandenen

Erwerbspotentialen – dürften hier von Bedeutung sein. Da es nicht nur weniger Jugendliche gibt, kommt für das Handwerk erschwerend hinzu, dass diese zunehmend eine Ausbildung über Abitur und Studium bevorzugen. Und so ist es insbesondere in den Berufen, die einen Aus- oder Fortbildungsabschluss erfordern, immer schwieriger, geeignete Nachwuchskräfte zu finden. Von 801 Berufsgattungen sind nach Angaben des BMWi aktuell bereits 352 mit Fachkräftengpässen konfrontiert. Dazu gehören im Übrigen – insbesondere – auch die Pflegeberufe. Allerdings fehlen Arbeitskräfte auch in akademischen Berufsfeldern, in der Medizin, im Ingenieurwesen im Maschinen- und Fahrzeugbau, in der Elektrotechnik und vielen anderen Bereichen mehr (bmwi.de/redaktion/DE/Dossier/fachkraeftesicherung.html).

Das Altern und Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung wird sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken und es werden deutliche Wohlstandsverluste erwartet (Macroeconomic Consequences of Aging and Directed technological Change, Bertelsmann Stiftung, 2019). Zahlreiche Studien belegen nach Angaben des BMWi schon heute wirtschaftliche Folgen: die Wirtschaftsleistung in Deutschland ohne Fachkräftemangel könnte deutlich höher liegen! Und genau das spiegelt auch der Bericht über die Firma Brückner Haustechnik aus Franken wieder: ein Handwerksbetrieb mit 8 Mitarbeitern, der entsprechend der guten Angebotsnachfrage wachsen könnte, wenn es denn ausreichend Fachkräfte – zum Beispiel Klempner – auf dem Arbeitsmarkt gäbe.

In diesen Gesamtkontext passt eine Ansage des Zentralverbandes der Deutschen Handwerks (ZDH-Konjunkturbericht 2018), der zufolge in den nächsten Jahren etwa 200.000 Betriebsübergaben anstehen, ohne, dass die Nachfolge in allen Fällen ‚geregelt‘ sei. Hier könnte das Ungleichgewicht zwischen der Anzahl derjenigen, die in den Ruhestand gehen und denen, die zur Nachfolge bereitstehen, ggf. sogar das Ende von Unternehmen bedeuten.

Der Verlust an erfahrenen Arbeitskräften, an Wissen und Kompetenzen – so sieht es auch ein Thesenpapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung für die Körber-Stiftung (Körber Demografie-Symposium, Die Babyboomer gehen in Rente – Was das für die Kommunen bedeutet, 2018) – könnte insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen bei einem zeitgleichen Mangel an Nachwuchskräften ‚vor eine Bewährungsprobe stellen‘. Der Wettbewerb um Arbeitskräfte zwischen kleinen und großen Unternehmen wird sich verschärfen, auch der zwischen Regionen bzw. Kommunen, Aspekte, die vor allem kleinere Kommunen bei ihren Zukunftsplanungen im Auge behalten müssen. Nicht umsonst gehört die Entwicklung von Halte- und Bleibefaktoren bereits für viele Kommunen in ihren, die Zukunft sichernden Werkzeugkasten.

Natürlich ist es vor allem auch Aufgabe der Wirtschaft, nach Lösungen zu suchen; ggf. unterstützt durch entsprechende politische Rahmenbedingungen. Trotzdem,

der Fachkräftemangel ist und bleibt bis auf weiteres ein großes Problem für die Wirtschaft, insbesondere für Handwerk und Mittelstand! Und das zeigen auch die Umfragen: Mehr als 50% der Unternehmen sehen mittlerweile im Fachkräftemangel ‚die größte Gefahr für ihre Geschäftsentwicklung‘; 2010 waren es noch 16% (DIHK-Konjunkturumfrage, Herbst 2019).

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen gestartet, um dem entgegen zu steuern: Mit dem ‚Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung‘ (www.kofa.de) sollen kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden, Fachkräfte ‚zu finden, zu binden und zu qualifizieren‘. In der ‚Allianz für Aus- und Weiterbildung‘ arbeiten Bund, Bundesagentur für Arbeit, Wirtschaft, Gewerkschaften und Länder zusammen, um junge Menschen für einen Ausbildungsberuf zu gewinnen. 2018 hat die Bundesregierung ihre Strategie zur Sicherung von Fachkräften vorgelegt, in der alle Maßnahmen gebündelt werden. Dazu gehört auch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG), das im März 2020 in Kraft getreten ist.

Das Berlin-Institut konstatiert erste Anpassungen: ‚Immer mehr Menschen sind erwerbstätig, das Renteneintrittsalter steigt auf 67 Jahre, das Bildungsniveau ist so hoch wie nie und immer mehr Zuwanderer finden ihren Weg nach Deutschland.‘ Doch sieht das Berlin-Institut auch die Notwendigkeit für weitere Anstrengungen. So sieht die vorgenannte Studie des WIFO Instituts hohe Investitionen in Automatisierung und Digitalisierung, in den sogenannten arbeitssparenden technischen Fortschritt als einen notwendigen Schritt an – von etwa 120 Milliarden Euro bis 2040 ist hier die Rede -, um die durch demografische Alterung drohenden Wohlstandsverluste auffangen zu können.

Und insbesondere dürfte es darum gehen, die fehlenden Arbeitskräfte durch ein Bündel gezielter Maßnahmen zu ersetzen, vor allem auch solcher, die rechtzeitig und nachhaltig greifen!

Susanne Langguth, Vorstandsmitglied der Senioren-Union Bad Honnef

Videokonferenz mit Axel Voss am 31.03.2021

Organisiert durch die Senioren-Union Neunkirchen-Seelscheid fand am 31. März die Video-Zoom-Konferenz mit unserem Europaabgeordneten Herrn Axel Voss statt. Herr Voss, der unsere Region seit 12 Jahren für die CDU in der EVP im EU-Parlament vertritt, sprach und diskutierte ca. 2 Stunden mit den 12 Konferenzteilnehmern über die von uns gewünschten und Ihnen bekannten Themen.

Nachfolgend eine inhaltliche Zusammenfassung der Ausführungen von Herrn Voss:

Einleitung von Herrn Voss: Seit über einem Jahr ist die Parlamentsarbeit überlagert von der Corona-Pandemie.

Es finden kaum noch Präsenzveranstaltungen statt, dadurch ist die Arbeit des Parlaments sehr viel schwieriger und steriler geworden. Der wichtige, informelle Gedankenaustausch und die direkten Gespräche zwischen den Parlamentariern fehlen den Abgeordneten sehr.



Axel Voss, Europaabgeordneter

Zum Resümee über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (1.07. – 31.12. 2020). Das Ergebnis zur deutschen Ratspräsidentschaft ist zwiespältig. Positiv ist zu bewerten, dass in letzter Minute ein Abkommen mit GB über den Brexit und damit die Vermeidung eines harten Brexits erzielt werden konnte und die der EU-Haushalt 2021 und der mittelfristige EU-Finanzrahmens bis 2027 verabschiedet wurde. Nicht zufriedenstellend ist die Covid 19 Impfstoffbeschaffung durch die EU.

Grundsätzlich wird die gemeinschaftliche Beschaffung durch die EU als richtig und solidarisch bewertet. Allerdings haben die EU-Schwerfälligkeit sowie Preis-, Zulassungs- und Haftungsfragen die Verhandlungen mit den Herstellern erschwert, deutlich verzögert und teilweise zu unbefriedigenden Liefermengen geführt. Die EU kauft den Impfstoff selbst nicht. Die jeweils kontingentierte Mengen werden von den einzelnen Staaten abgerufen und auch von ihnen bezahlt. Alle Verhandlungspunkte und Ergebnisse wurden mit den Mitgliedsstaaten abgestimmt und gemeinsam entschieden. Dennoch, durch die im Vergleich zu GB und USA schlechtere Impfsituation bei uns, hat die Akzeptanz der EU europaweit gelitten.

Außerdem ist positiv zu bewerten, dass durch die dringend zu lösenden Probleme und die alles überlagernde Corona-Pandemie die wichtigen, strukturellen Fragen zur Zukunftsausrichtung der Europäischen Union nicht während der deutschen Ratspräsidentschaft in Angriff genommen werden konnten. Dies sind insbesondere die offenen Themen zur Finanz- und Steuerpolitik, zur Migration, zu unseren Vorstellungen zu den freiheitlichen, rechtsstaatlichen Werten und zur Sicherheitspolitik.

Zu Corona-Bonds: Die von der Coronakrise wirtschaftlich besonders stark betroffenen Länder brauchen die europäische Solidarität. Wir müssen die Lasten der Pandemie in der EU gemeinsam tragen. EU-Parlament und Kommission beschlossen deshalb, das Auflegen gemeinschaftlicher EU-Anleihen in Form von Corona-Bonds in Höhe von 750 Milliarden €; davon 500 Milliarden € als nicht rückzahlbares Darlehen und 250 Milliarden € als

Kredit, der bis 2058 zurück zu zahlen ist. Die EU-Länder haften gemeinschaftlich für diese Anleihen.

Die Corona-Bonds sind ausschließlich auf die Pandemie bezogen. Es soll keine permanente Einrichtung zu einer Schuldenvergemeinschaftung werden.

Durch die vielen nationalen und europäischen Pandemihilfen wird sehr viel Geld in den Markt gepumpt. Hieraus wird zu wenig gemacht. Wünschenswert wären mehr strategische Investitionen, z. B. dass ein Teil des Geldes zukunftsorientiert in die Entwicklung eines „Green Deal“ (Klimaschutzmaßnahmen) und in den Ausbau und Fortschritt der Digitalisierung gelenkt würde.

Zum Brexit: Der harte Brexit konnte zum Glück in letzter Minute abgewendet werden. Noch sind nicht alle Fragen geklärt und müssen noch austariert werden. Z. B. ist der Austausch vieler Daten und auch der Datenschutz mit GB nicht geklärt und noch im Fluss. Die gute Versorgung GB's mit Covid-Impfstoffen und die deutlich bessere Impfquote gegenüber den EU-Ländern wird im Land als positiver Effekt des Brexits gewertet.

Zur Migration: Der Migrationsdruck auf die Außengrenzen Europas bleibt bestehen, besonders aus Richtung Türkei. Er treibt die Länder und Parteien in Europa auseinander. Kommission und EU-Parlament haben keine Kompetenz zur besseren Regelung der Migration und können hier nicht eingreifen. Das Thema muss dringend zwischen den Ländern selbst geklärt werden, es fragmentiert z.Z. die Gesellschaft und die politischen Gruppierungen. Wirtschaftlich könnten wir in Deutschland und der EU noch mehr leisten, gesellschaftlich allerdings momentan nicht.

Wir brauchen auch in Zukunft qualifizierte Zuwanderung in Deutschland, andererseits können wir nicht jeden, der seine persönliche Situation verbessern möchte, aufnehmen.

Verschiedenes, Grundsätzliches und Diskussion Die Datenschutzauslegung ist in der in Deutschland oft hysterisch übertriebenen Art nicht immer hilfreich. Das zeigte sich beispielsweise bei der Pandemiebekämpfung, beim digitalen Impfpass, bei der Corona-WarnApp, bei der Terrorismusbekämpfung und beim Gesundheitsschutz. Es kann nicht sein, dass der Datenschutz höher bewertet wird als der Gesundheitsschutz. Die Verhältnisse stimmen nicht mehr und eine Überarbeitung ist erforderlich.

Die Aufnahme und Mitgliedschaft der Türkei in die EU ist in der derzeitigen politischen Ausrichtung dieses Landes nicht vorstellbar und auch nicht vorgesehen.

Eine Weiterentwicklung der Europäischen Union findet schon lange nicht mehr statt. Seit dem Vertrag von Lissabon (2007) ringt die EU mit ihrer Fähigkeit strukturelle Reformen durchzuführen. Sie ist nahezu einflusslos in der Weltpolitik. Wir müssen uns darauf konzentrieren eine handlungsfähige EU zu werden. Dazu brauchen wir den starken Willen als EU politisch überleben zu wollen und eine starke politische Führung. Mehr Politiker mit

Mut zur Konfrontation und zur „Revolution“ sind erforderlich. Eine ideologische Herangehensweise ist nicht hilfreich, pragmatisches Vorantreiben ist notwendig. Bedauerlicherweise fehlt es auch in der deutschen Regierung an europäischer Ausrichtung, europapolitischer Orientierung und Visionen. Es gab sogar schon vereinzelt Ideen die jetzige EU völlig aufzulösen und mit neuer Struktur wieder auf zu bauen. Auch eine Spaltung der EU in 2 Blöcke, die mit unterschiedlicher Entwicklungsgeschwindigkeit voranschreiten, ist denkbar und könnte vorteilhaft sein. Man müsste nicht bei jeder Entscheidung auf den Letzten warten.

Jedoch sind derartige grundlegend strukturelle Veränderungen nicht erwartbar, solange die derzeitigen Verträge gelten, in denen die Einstimmigkeit der Mitgliedsländer verankert ist. Das Tabu von Vertragsänderungen muss durchbrochen werden. Das können nur die Mitgliedsstaaten, nicht das Parlament.

Wir danken Herrn Voss ganz herzlich für die bereitwilligen, offenen und oft auch sehr kritischen Informationen über alle angesprochenen Themen und Fragen.

Jürgen Martens, Senioren Union Neunkirchen-Seelscheid

Die Corona-Pandemie erfordert einen ganzheitlichen Ansatz der Politikberatung

Der Beginn der Corona-Pandemie zu Beginn des letzten Jahres war von enormer Komplexität und Unsicherheit geprägt. Die exponentielle Verbreitung des Virus und das unzureichende Wissen, einschließlich der nicht vorhandenen Impfstoffe sowie der fehlenden Behandlungsmethoden von Covid-19-Patienten rechtfertigten zu diesem Zeitpunkt ethisch und auch verfassungsrechtlich die ergriffenen politischen Maßnahmen und den massiven Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte. Die Furcht vor einer vergleichbaren Situation wie im italienischen Bergamo war omnipräsent.

Trotz dieser Unsicherheit waren innerhalb kürzester Zeit politische Entscheidungen von enormer Tragweite zu treffen, wobei das auf die gesundheitliche Pandemie folgende soziale und ökonomische Leid der mittelbar und unmittelbar Betroffenen dabei oftmals ungewiss und bisweilen sogar gänzlich ungesehen blieb.

Orientierung zu geben, ist eine zentrale Aufgabe der politisch verantwortlichen Akteure, denn fehlendes Vertrauen in die Politik untergräbt die repräsentative Demokratie und stärkt populistische Kräfte, die ihre Spaltkeile tief in die Gesellschaft hineinzutreiben wissen. Doch wie bietet man Orientierung bei immenser Unsicherheit und extremer Komplexität?

Bereits in der Frühphase der Pandemie reagierte die NRW-Landesregierung durch die Konstituierung des Expertenrats Corona auf die komplexen Abwägungsprozesse und Zielkonflikte, mit denen sich die Politik konfrontiert sah. Der durch den Ministerpräsidenten Armin Laschet persönlich einberufene Expertenrat zur

Beratung der Landesregierung in der Corona-Pandemie führt seitdem die Expertise verschiedener Fachrichtungen zusammen und trägt somit der Komplexität durch ein hohes Maß an Interdisziplinarität Rechnung.



Jonathan Grunwald Leiter des Referats Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Gremium setzt sich aus zwölf renommierten Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen, so dass die Bereiche Medizin, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Philosophie, Soziologie und Sozialarbeit abgebildet werden. Schon von Beginn an wies der Expertenrat darauf hin, neben den durch das Coronavirus ausgelösten epidemiologischen und medizinischen Entwicklungen auch die wirtschaftlichen und sozialen Schäden des Lockdowns in den Blick zu nehmen. So wurde beispielsweise in einer ersten Stellungnahme vom 11. April 2020, die der Bundeskanzlerin sowie allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zugesandt wurde, auf hungernde Kinder durch das Wegbrechen der geregelten Mahlzeiten in Kindergärten und Schulen und auf die Gefahr einer Zunahme der häuslichen Gewalt hingewiesen. Auch problematisierte der Expertenrat frühzeitig die Vereinsamung und Vernachlässigung älterer Menschen aufgrund der massiven Kontaktbeschränkungen sowie psychosoziale Folgewirkungen durch wirtschaftliche Existenzängste.

Die Erkenntnisse wurden bislang in insgesamt fünf Stellungnahmen festgehalten und der Politik und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Auf Empfehlung des Expertenrats entwickelte die Landesregierung darüber hinaus ein insgesamt 50 Indikatoren umfassendes Zahlen- und Datenmonitoring (Corona Dashboard). Neben den tagesaktuellen Entwicklungen beim Infektionsgeschehen, bei der Krankenhausbelegung oder bei den mit dem Coronavirus in Verbindung stehenden Sterbefällen bildet das Corona Dashboard auch ökonomische Kennzahlen sowie soziale Indikatoren ab. Darunter befinden sich beispielsweise die Anträge auf Soforthilfe, die Umsatzentwicklung in unterschiedlichen Branchen, Geschäfts- und Konsumerwartungen und das Verkehrsaufkommen auf Straßen und an Flughäfen. Aber auch die in Anspruch genommene Grundsicherung, das Anrufer-Aufkommen bei der Telefonseelsorge samt den behandelten Themen (Suizidalität, Ängste, Einsamkeit, körperliche, sexualisierte oder seelische Gewalt) sowie die Aufnahmen in

Frauenhäusern oder die Auslastungen im Kita- und Schulbetrieb werden systematisch erfasst.

Die Komplexität und Vielschichtigkeit der Corona-Pandemie sowie die sich ergebenden Interdependenzen und Zielkonflikte werden somit transparent dargestellt. Das Dashboard ist vollumfänglich öffentlich zugänglich und gilt in dieser bundesweit einmaligen Konzeption genauso wie die Einberufung des Expertenrats Corona als Blaupause für einen ganzheitlichen Ansatz der Politikberatung, der in Phasen immenser Unsicherheit und extremer Komplexität Orientierung bieten kann.

Jonathan Grunwald, Leiter des Referats Gesellschaftliche und ökonomische Grundsatzfragen

Expertenrat: www.land.nrw/expertenrat-corona

Corona Dashboard: www.corona-dashboard.nrw

Ist die Corona-Verschuldung tragbar? Einige Gedanken zu einem Weg aus der Verschuldung

Entscheidungen sind gefallen, Beschlüsse sind gefasst. Doch viele Fragen bleiben offen, vereinfacht formuliert: Wie sind die Folgen dieser Herausforderungen finanziell zu stemmen?

Die Bürger haben bisher die pandemische Heimsuchung überwiegend geduldig ertragen. Die Wirtschaft hat sich ebenfalls bisher im Rahmen des Möglichen wacker geschlagen. Durch Kurzarbeit und erhebliche staatliche Hilfen konnten viele Arbeitsplätze vorläufig gesichert werden. Die Sonderleistungen haben auch für Familien die Folgen der Pandemie erträglicher gemacht. Insgesamt aber ist der Überlebenskampf für viele Unternehmen und Selbständige und damit auch ihre Beschäftigten noch lange nicht beendet. Vielleicht wird die Hoffnung auf den oder besser die erfolgreichen „Pikser“ bald ein Aufatmen ermöglichen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und der Welt wird das Auseinanderdriften der globalen Gesellschaften begünstigen. Hilfe ist notwendig. Für die Europäische Union ist die Unterstützung nun geregelt. Hierzu eine Randbemerkung: Unser Finanzminister hat bei der Lösung von europäischen Finanzierungsproblemen auch auf den ersten Schatzkanzler der Vereinigten Staaten, Alexander Hamilton, verwiesen, sicher nicht ganz zeitgemäß und auch nicht zielführend. Wir brauchen Europa, aber nicht als Transfer- oder Schuldenunion!

Welche Wege führen nun in unserem Land wieder in die Normalität? Kluge Konzepte sind gefragt, um die Folgen der Pandemie glimpflich zu überstehen.

Der Staat nimmt im Jahr 2021 rund 280 Milliarden Schulden auf, die breitflächig zur Unterstützung verteilt werden sollen. Bis 2019 hatte sich die Staatsverschuldungsquote auf 59,6 % des Bruttoinlandsprodukts reduziert, eine erstaunliche Leistung in so einem kurzen Zeitraum seit der Finanzkrise. Jetzt ist die Quote geschätzte 75 %. Die Kreditaufnahme des Staates wird jedoch durch das

Grundgesetz beschränkt. Einnahmen und Ausgaben müssen grundsätzlich ohne Kredit ausgeglichen werden, die sogenannte Schuldenbremse, durch die die Nettokreditaufnahme auf 0,35 % des Bruttoinhaltsproduktes begrenzt ist. Wegen Corona ist sie jedoch für 2020/21 aufgehoben, für 2022 so gut wie sicher. Erst ab 2023 soll die Bremse wieder gelten.

Was ist nun zu tun bei einer vom Bundestag beschlossenen Rekordverschuldung?

- Der Versuchung zu einer weiteren Öffnung der Schuldenbremse sollte widerstanden werden.
- Eine Streckung der Tilgung könnte aber zu einer überschaubaren Entlastung führen.
- Das Sondervermögen, man kann auch von „Nebentöpfen“ sprechen, sollte stärker genutzt werden. Oft werden erstaunlicherweise Gelder für notwendige Investitionen gar nicht oder nur sehr zögerlich abgerufen. Sowohl bei dem Investitions- und Klimafonds, bei dem erwünschten Kita-Ausbau als oder bei der Digitalen Infrastruktur ist man bei der Inanspruchnahme ähnlich sparsam gewesen.
- Höhere Steuern und sonstige Abgaben müssen vermieden werden. Die Bürger unseres Landes marschieren jetzt schon bei europäischen Vergleichen ungewollt in der Spitzengruppe.
- Der Ruf nach der Wiedereinführung der Vermögensteuer sollte ebenfalls verhallen.
- Die Anhebung der Erbschaftsteuer wäre wohl die verträglichste Form, um die Staatseinnahmen zu erhöhen. Sie würde allerdings nur wenig zum Steueraufkommen beitragen. Deutschland liegt hier mit 0,52 % des Steueraufkommens im mittleren Bereich. Einige Länder, u.a. Österreich, haben sie sogar abgeschafft und würden damit das scheue Reh Kapital anlocken.
- Sinnvoll wäre natürlich eine gerechtere Besteuerung der internationalen Großkonzerne, Amazon und Google lassen grüßen. Hier trifft man allerdings auf erheblichen Widerstand aus den USA und anderen Ländern innerhalb der Europäischen Union, die das Vehikel zur Standortpolitik nutzen!

Die Weltwirtschaft wird sich wieder erholen, insbesondere die Vereinigten Staaten und China werden Wachstumsträger sein. Das globale Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich wird sich im Gegenzug jedoch noch vergrößern.

Unser Staat kann die Neuverschuldung stemmen, allerdings nur mit der dringend notwendigen Investitionsoffensive! Große staatliche Investitionen reichen dafür nicht aus. Auch unsere Unternehmen müssen nachhaltiger im eigenen Land investieren, sonst leidet der bisherige erfolgreiche Standort Deutschland. Hier wurde in den letzten Jahren das Wachstumspotenzial nicht ausreichend ausgeschöpft.

Manche Schwerpunkte des wirtschaftlichen Durchstartens werden sich erst nach der Bundestagswahl ergeben. Aber eine Investitionsoffensive bleibt für jede neue Koalition ein Gebot der Stunde. Alle potenziellen Regierungsparteien sind sich einig, dass Nachholbedarf in der Digitalisierung, im Klimaschutz und der Modernisierung der Schulen und Krankenhäuser besteht.



Leonhard Müller, stellvertretender Vorsitzender der Senioren Union des Rhein Sieg Kreises

Die Lage lässt sich durchaus mit der Situation nach der Finanzkrise vergleichen. Und die haben wir gemeistert! Noch verfügen wir für die Bewältigung der anspruchsvollen Zukunftsaufgaben über genug Handlungsfähigkeit. Das setzt aber voraus, dass der mutige Unternehmer zupackend bleibt, der motivierte Bürger sich durch Leistungsbereitschaft einbringt und der Staat die Bremsen lockert – am besten alle außer der Schuldenbremse.

Leonhard Müller, stellv. Vorsitzender der Senioren-Union Rhein Sieg

Anmerkung der Redaktion:

"Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für diese Beiträge übernimmt die Redaktion auch keine Verantwortung."

Impressum Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion: U. Koch, Rolf D. Cremer, A. Eichendorf, H. Moos-Müller. Beiträge an Dr. Uwe Koch, E-Mail: koch.neunkirchen@gmx.de

V.I.S.P.: Rolf D. Cremer